



B 2 U 4/11 R

Vorinstanz: LSG Berlin-Potsdam, L 2 U 274/09

Heranziehung zur Ausgleichslast:

Zum Begriff der Gemeinnützigkeit in § 180 Abs 1 S 3 SGB 7 idF vom 24.7.2003.

B 2 U 8/11 R

Vorinstanz: LSG München, L 3 U 213/10

Steht die Abgabe eines Formulars beim Arbeitgeber zur Realisierung eines Sozialversicherungsanspruchs und Betriebsrentenanspruchs (hier: Vorausbescheinigung für die Gewährung von Altersrente) in einem sachlichen Zusammenhang zur versicherten Tätigkeit?

B 2 U 9/11 R

Vorinstanz: LSG Stuttgart, L 10 U 3840/10

Zur Verletzung der Sachaufklärungspflicht gem § 103 SGG, wenn das Tatsachengericht die Frage des Vorliegens des Ursachenzusammenhangs zwischen dem versicherten Unfallereignis (hier: Autounfall als Testfahrer) und dem Gesundheitserstschaden (hier: Bandscheibenvorfall an der Halswirbelsäule) nicht unter Zuhilfenahme medizinischer Sachkunde nach dem im Entscheidungszeitpunkt bestehenden aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstand (hier: Nichtbeachtung des aktuellen unfallmedizinischen Standardwerkes von Schönberger, Mehrtens, Valentin) beantwortet hat.

B 2 U 11/11 R

Vorinstanz: LSG Essen, L 15 U 137/09

Ist bei dem im Rahmen der Neufestsetzung des JAV gem § 90 Abs 1 SGB 7 zugrunde zu legenden Arbeitsentgelt auf das Ausbildungsziel (berufsspezifischer Tarifvertrag) oder auf die Verhältnisse des Ausbildungsbetriebs (branchenspezifischer Tarifvertrag) abzustellen ?

B 2 U 14/11 R

Vorinstanz: LSG Celle-Bremen, L 14 U 108/10

Hat ein Versicherter, dessen Versicherungsfall und Ausbildungsende bereits vor dem Inkrafttreten des SGB 7 lagen, bei Vollendung des 30. Lebensjahres und der tarifvertraglichen Einführung über eine weitere Lohnsteigerung nach Berufsjahren nach dem Inkrafttreten des SGB 7 einen Anspruch auf Neufestsetzung des JAV gem §§ 90 Abs 2, 212, 214 Abs 2 S 1 SGB 7?

B 2 U 15/11 R

Vorinstanz: LSG Halle, L 6 U 100/07

Zur Frage der Recht- und Verfassungsmäßigkeit der vollen Anrechnung einer privaten Berufsunfähigkeitsrente, deren Auszahlung im wesentlichen inneren Zusammenhang mit der Aufgabe der gefährdenden Tätigkeit steht, auf eine Übergangsleistung gem § 3 Abs 2 BKV.

B 2 U 16/11 R

Vorinstanz: LSG Halle, L 6 U 131/07

Fehlt es im Falle einer durch eine Nierenspendeoperation verursachten partiellen Bauchwandlähmung an einem von außen auf den Körper einwirkenden Ereignis im Sinne des § 8 Abs 1 S 2 SGB 7?

B 2 U 19/11 R

Vorinstanz: LSG Darmstadt, L 9 U 154/09

Steht ein Versicherter mit einer BAK in Höhe von 2,2 Promille auf dem grundsätzlich versicherten Heimweg gegebenenfalls wegen einer Verletzung der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung?

B 2 U 20/11 R

Vorinstanz: LSG Chemnitz, L 2 U 258/09

Zur Frage des Unfallversicherungsschutzes eines freiwillig versicherten niedergelassenen Arztes, der bei einem nächtlichen Rettungsdiensteinsatz auf der Straße seine Hilfe als Arzt anbieten wollte und dabei von einer dritten Person verletzt wurde.

B 2 U 21/11 R

Vorinstanz: LSG Stuttgart, L 8 U 3577/10

Hat ein Arbeitgeber im Rahmen eines Rechtsstreits um einen vom Unfallversicherungsträger erhobenen Beitragszuschlag einen Anspruch auf Akteneinsicht in die beim Unfallversicherungsträger geführte Unfallakte des Beschäftigten, wenn dieser Unfall den Beitragszuschlag auslöst und der Beschäftigte in die Offenlegung seiner Sozialdaten eingewilligt hat?

B 2 U 23/11 R

Vorinstanz: LSG Stuttgart, L 10 U 4302/09

Zur Verletzung der Sachaufklärungspflicht gemäß § 103 SGG, wenn das Tatsachengericht die Frage des Vorliegens des Ursachenzusammenhangs zwischen dem versicherten Unfallereignis und dem Gesundheitsschaden (hier: Bandscheibenvorfall an der Lendenwirbelsäule) nicht unter Zuhilfenahme medizinischer Sachkunde nach dem im Entscheidungszeitpunkt bestehenden aktuellen Erkenntnisstand (hier: Nichtbeachtung des aktuellen unfallmedizinischen Standardwerkes von Schönberger, Mehrtens, Valentin) beantwortet hat.

B 2 U 24/11 R

Vorinstanz: LSG Mainz, L 5 U 240/10

Steht eine Vorlesungsbesucherin und Seminarteilnehmerin als Studierende gem § 2 Abs 1 Nr 8 Buchst c unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung, wenn sie weder immatrikuliert noch in anderer Form von der Universität offiziell registriert wurde?

B 2 U 25/11 R

Vorinstanz: LSG Essen, L 15 U 513/10

Zur Frage der rechtmäßigen Entziehung einer Verletztenrente mit einer Gesamt-MdE in Höhe von 25 vH wegen einer wesentlichen Besserung der Unfallfolgen im Sinne eines Wegfalls auf neurologisch-psychiatrischem Gebiet (Einzel-MdE in Höhe von 10 vH) und eines im wesentlichen unverändert gebliebenen Zustandes auf chirurgisch-orthopädischem Gebiet (Einzel-MdE in Höhe von 20 vH).

B 2 U 26/11 R

Vorinstanz: LSG Berlin-Potsdam, L 3 U 296/08

Nach welchem Bemessungsentgelt bestimmt sich das Übergangsgeld bei einem Versicherten, der unmittelbar vor dem Bezug von Verletzengeld Arbeitslosengeld bezogen hat?

B 2 U 27/11 R

Vorinstanz: LSG München, L 3 U 165/10

Zur Frage des Unfallversicherungsschutzes eines zum Unfallzeitpunkt arbeitslos gemeldeten Profisportlers, der im Rahmen des vom zukünftigen Arbeitgeber vorgegebenen Trainingsplans, dessen Absolvierung Voraussetzung für den unter einer aufschiebenden Bedingung (Nachweis der körperlichen Fitness) geschlossenen Arbeitsvertrag war, beim Sportklettern verunglückte.

B 2 U 29/11 R

Vorinstanz: LSG Stuttgart, L 9 U 3806/08

Zur Frage der gesamtschuldnerischen Beitragshaftung eines ehemaligen Unternehmers gem § 150 Abs 4 SGB 7.

B 2 U 31/11 R

Vorinstanz: LSG Darmstadt, L 6 U 166/08

Zur Frage, ob es Voraussetzung für die Zuordnung zu den mittelbaren psychischen Unfallfolgen infolge der Durchführung der berufsgenossenschaftlichen Heilbehandlung ist, dass diese rückwirkend betrachtet objektiv zur Behandlung der unmittelbaren Unfallfolgen notwendig war.

B 2 U 32/11 R

Vorinstanz: LSG Celle-Bremen, L 3 U 11/08

Ist das Festhalten einer zugelaufenen Katze während der tierärztlichen Behandlung eine in der gesetzlichen Unfallversicherung versicherte Tätigkeit?

B 2 U 33/11 R

Vorinstanz: LSG Essen, L 4 (2) KN 216/08 U

Zur Frage, in welchem Zeitpunkt (erstmal) neue Erkenntnisse der medizinischen Wissenschaft iS des § 551 Abs 2 iVm Abs 1 S 3 RVO bzw des § 9 Abs 2 iVm Abs 1 S 2 SGB 7 im Falle der Berufskrankheit gem BKV Anl Nr 4111 (chronische obstruktive Bronchitis oder Lungenemphysem von Bergleuten im Steinkohlebergbau) vorgelegen haben.

B 2 U 34/11 R

Vorinstanz: LSG Stuttgart, L 8 U 5734/10

Ist der Lösungsanspruch nach § 84 SGB 10 auch auf solche Dokumente einer Verwaltungsakte auszudehnen, in denen ein datenschutzrechtlich unzulässig eingeholtes, bereits entferntes beratungsärztliches "Gutachten" mit Nennung des Beratungsarztes und seines Gutachtenergebnisses zitiert wird?

Unterliegt ein gerichtlich eingeholtes Gutachten bereits deshalb der Fernwirkung eines Beweisverwertungsverbots, wenn darin ein unter Verstoß gegen § 200 Abs 2 Halbs 2 SGB 7 unzulässig erlangtes beratungsärztliches "Gutachten" wiedergegeben wird und die Gutachten im Ergebnis übereinstimmen?

B 2 U 1/12 R

Vorinstanz: LSG Berlin-Potsdam, L 3 U 256/08

Kann bei der Ermittlung des Arbeitsentgelts im Rahmen der Neufestsetzung des Jahresarbeitsverdienstes gem § 90 SGB 7 auch eine Betriebsvereinbarung zugrunde gelegt werden?

B 2 U 2/12 R

Vorinstanz: LSG Berlin-Potsdam, L 2 U 582/08

Unterliegen Umschüler an Alten- und Krankenpflegeschulen dem beitragsfreien Unfallversicherungsschutz gem § 2 Abs 1 Nr 8 Buchst b SGB 7, wenn es sich bei der Bildungseinrichtung um keine Ersatz- oder Ergänzungsschule nach Landesrecht (hier: brandenburgisches Schulrecht) handelt?

B 2 U 3/12 R

Vorinstanz: LSG Berlin-Potsdam, L 2 U 30/11

Zur Frage der Anerkennung einer Halswirbelsäulenerkrankung eines Berufs-Violisten als Wiederberufskrankheit, wenn aufgrund medizinischer Beweiserhebung festgestellt werden kann, dass die Erkrankung im Einzelfall mit hinreichender Wahrscheinlichkeit durch berufliche Einwirkungen verursacht worden ist, aber der Nachweis einer generellen Geeignetheit der beruflichen Einwirkungen bzw das Vorliegen einer Gruppentypik nicht erbracht werden kann.

B 2 U 4/12 R

Vorinstanz: LSG Darmstadt, L 3 U 147/08

Zur Frage der rechtmäßigen Zusammenveranlagung von Bäckerei- und Konditoreibetrieben zur Gefahrtarifstelle 1 "Herstellung von Back- und Konditoreiwaren" des Gefahrtarifs 2005 der Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe mit der Gefahrklasse 6,0.